

KONFLIKTBAROMETER

WELT 1998

Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Vermittlung - Friedensschlüsse

7. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE DES HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e. V.

Globales Konfliktpanorama

Im Verlauf des Jahres 1998 werden insgesamt 128 politische Konflikte ausgetragen, von denen 97 überwiegend friedlich und 31 gewaltsam verlaufen. Der zwischen 1993 und 1996 beobachtete Abwärtstrend bei der Zahl der Gewaltkonflikte - nach einem steilen Anstieg in den späten 80er und frühen 90er Jahren - ist zum Erliegen gekommen. Damit stabilisiert sich am Ende der 90er Jahre die Zahl der Krisen und Kriege auf einem im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre niedrigen Niveau.

- Im Verlauf des Jahres 1998 werden 31 politische Konflikte gewaltsam ausgetragen (9 Kriege und 22 gewaltsame Krisen).
- 97 politische Konflikte verlaufen 1998 jedoch völlig oder ganz überwiegend gewaltfrei
- Mit der Ausnahme des Eritrea-Äthiopien Kon-

flikts sind 1998 wiederum alle gewaltsamen Konflikte innerstaatliche Konflikte.

- Ebenfalls mit der Ausnahme des Eritrea-Äthiopien Konflikts werden alle internationalen Konflikte völlig oder ganz überwiegend friedlich ausgetragen.
- Die gewaltträchtigste Region 1998 ist Afrika (11 Gewaltkonflikte). Afrika löst damit den Vorderen und Mittleren Orient (8 Gewaltkonflikte) zum ersten Mal als gewaltträchtigste Region ab. Es folgen Asien (ebenfalls 8 Gewaltkonflikte), Europa und Amerika (je 2 Gewaltkonflikte). Auf dem amerikanischen Kontinent finden die wenigsten Konflikte überhaupt statt, darunter aber ein Krieg (Kolumbien: FARC).

Konflikte	Europa			Afrika			Amerika			Asien			Orient			Gesamt			Gesamt																	
	lfd.	neu	end	lfd.	neu	end																														
Summe 1998 kumulativ gewaltlos	20	0	0	21	1	6	13	0	0	20	1	1	20	1	1	94	3	8	97																	
Summe 1998 kumulativ gewaltsam	1	1	0	8	3	0	2	0	0	8	0	0	8	0	0	27	4	0	31																	
Summe am Stichtag 10.12.98 gewaltlos	20			16			13			20			20			89																				
Summe am Stichtag 10.12.98 gewaltsam	2			11			2			8			8			31																				
Summe am Stichtag 10.12.1998	22			0			27			6			15			0			28			1			28			1			120			8		
Summe 1998 kumulativ	22			33			15			29			29			128																				

	Europa			Afrika			Amerika			Asien			Orient			gesamt
Putsche	0			0			0			0			0			0
Putschversuche	1	Albanien		2	Guinea-Bissau Lesotho		0			0			0			3
Internationaler Terrorismus	0			0			0			0			1	Bombenanschläge auf US Bot-schaften		1

Legende: Konflikt als Oberbegriff umfaßt Interessengegensätze (**Positionsdifferenzen**) um **nationale Werte** (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen und Territorium) von einiger **Dauer und Reichweite** zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, -organisationen, organisierte Gruppen), die entschlossen sind, sie **zu ihren Gunsten** zu entscheiden. Die **Intensität** von Konflikten kann von einem **latenten Konflikt** (Intensität 1) und einer **Krise** (Intensität 2), über eine **ernste Krise** mit Gewalteinsatz (Intensität 3) bis zu einem **Krieg** (Intensität 4) reichen. Konflikte der Intensitäten 1 und 2 haben vorwiegend **gewaltlosen** Charakter; Konflikte der Intensitäten 3 und 4 werden hauptsächlich **gewaltsam** oder kriegerisch ausgetragen. **„lfd.“**: 1997 bereits laufende; **„neu“**: 1998 begonnene, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. **„end“**: 1998 beendete Konflikte. **„kumulativ“**: im Verlauf 1998 beobachtete Gesamtzahl der Konflikte. **„Stichtag“**: am Stichtag 10.12.1998 beobachtete Konflikte = (lfd.+neu)-end). Nur die jeweils **höchste** Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts wird angegeben. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

Europa

Im **Kosovo**-Konflikt hebt im März 1989 der serbische Präsident Slobodan Milosevic die Autonomie für die Provinz Kosovo auf. Die seither schwelende Krise eskaliert im Februar zum gewaltsamen Konflikt. Durch ihre Offensive können die Einheiten der kosovoalbanischen UCK etwa ein Drittel der Provinz unter ihre Kontrolle bringen. In einer Gegenoffensive im Juli und August können die serbischen Sicher-

Konflikte in Europa
4: Krieg
Jugoslawien (Kosovo) neu
3: gewaltsame Krise
Rußland (Tschetschenien, Dagestan, Ingu-schien)
2: meist gewaltlose Krise
Albanien (Unruhen)
Spanien (baskische Autonomie)
Bosnien Herz. (Mosl.-Kro. Föd./bosn.Serben)
Georgien (Abchasien)
Georgien (Adscharien)
Georgien (Südossetien)
Griechenland//Türkei (Ägäis)
Nordirland (Sezession)
Zypern (Teilung)
1: latenter Konflikt
Frankreich (Korsika)
Kroatien (Kroaten/Krajina-Serben)
Kroatien//Serbien (Ostslawonien)
Moldau (Transnistrien)
Rußland//balt. Staaten (Minderheiten, Grenze)
Jugoslawien (serb. Sandschak)
Jugoslawien (Woiwodina)
Spanien//Marokko (Ceuta, Melilla)
Spanien//UK (Gibraltar)
Ungarn//Rumänien (Minderheiten)
Ungarn//Slowakei (Minderheiten, Gabcikovo)

heitskräfte die Provinz zurückerobern, ohne jedoch immer die effektive Kontrolle auszuüben. Nach der Ausschaltung der UCK übt die NATO massiven Druck auf die jugoslawische Führung aus, um eine friedliche Lösung zu erreichen. Die Androhung mit Luftangriffen bewegt Milosevic zum Einlenken. In der Vereinbarung vom Oktober sind ein Waffenstillstand,

der Abzug der serbischen Sondereinheiten, die Rückkehr der Flüchtlinge, die Stationierung von 2200 OSZE-Beobachtern und eine endgültige Autonomieregelung durch Verhandlungen vorgesehen.

Im **Nordirland**-Konflikt werden die seit dem Juni 1996 unter Vermittlung des US-Sondergesandten George Mitchell und der britischen Nordirlandministerin Marjorie Mowlam laufenden Verhandlungen am 10.4. durch ein Friedensabkommen beendet. Die acht wichtigsten nordirischen Parteien, Großbritannien und die Republik Irland einigen sich im wesentlichen darauf, den politischen Status der Provinz nur zu ändern, falls eine Mehrheit dies wünscht, eine neues Parlament nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen und einen gesamtirischen Rat zu bilden, der der Republik Irland ein Mitspracherecht gewährt. Der Friedensprozeß gestaltet sich schwierig und ist nach wie vor gefährdet. Im Juli blockieren zunächst militante Anhänger des protestantischen Oranier-Ordens im Zuge ihrer Traditionsmärsche katholische Viertel. Am 15.8. verübt die Real IRA, eine Abspaltung der IRA, mit dem Anschlag von Omagh, das schlimmste Bombenattentat in der Geschichte des Konfliktes. Über die Fragen der Waffenabgabe und die Zusammensetzung des gesamtirischen Rates gerät die Umsetzung des Abkommens ins Stocken.

Nachdem im **Zypern**-Konflikt die jüngste Verhandlungsrunde am 2.4. erfolglos abgebrochen wurde, kündigt die zyprische Regierung an, im Oktober russische Mittelstreckenraketen zu stationieren. Daraufhin droht die türkische Regierung mit der Zerstörung der vorgesehenen Basen. Beide Seiten haben den Termin jedoch stillschweigend verstreichen lassen.

Der **Ägäis**-Konflikt schwelt trotz häufiger Scheinluftkämpfe in dem umstrittenen Luftraum über der türkischen Westküste nur latent weiter. Der Streit zwischen **Spanien** und **Großbritannien** um Gibraltar sowie zwischen **Spanien** und **Marokko** um die Enklaven Ceuta und Melilla hält weiterhin an. Eine einvernehmliche Lösung ist nicht in Sicht.

Im Baskenkonflikt in **Spanien** verzichtet nach Anschlägen im Frühjahr die militante baskische Separatistenorganisation ETA im September auf weitere Gewaltanwendung. Die Ankündigung wird von der spanischen Regierung mit Skepsis aufgenommen. Gleichwohl sind erste Verhandlungen in Gang gekommen.

In **Frankreich** ist der Konflikt mit den korsischen Separatisten weiterhin latent vorhanden.

Im Konflikt **Rumäniens** mit der ungarischen Minderheit werden die Vorschläge zur Privatisierung von Boden sowie die Schließung von Staatsbetrieben von der betroffenen ungarischen Minderheit als diskriminierend betrachtet.

Das am 24.11. zwischen **Ungarn** und der **Slowakei** vereinbarte Protokoll sieht vor, den Grundlagenvertrag vom März 1995 zur Regelung der Minderheitenfrage in der Slowakei umzusetzen.

Im Konflikt mit den russischen Minderheiten in den baltischen Staaten wird in **Lettland** am 22.6. auf Empfehlung der OSZE ein neues Staatsbürgerschaftsrecht verabschiedet, das die Einbürgerung russisch-stämmiger Bevölkerung erleichtert.

In der Grenzfrage zwischen **Rußland** und **Litauen** unterzeichnen beide Staaten am 24.10. einen Vertrag über den gemeinsamen Grenzverlauf. Auch **Litauen** und **Weißrußland** unterzeichnen ein Grenzabkommen am 25.3.98.

Afrika

Auf dem afrikanischen Kontinent nimmt sowohl die Konflikthäufigkeit als auch die Konfliktdensität zu. Bei den Streitgegenständen handelt es sich meist um innerstaatliche Machtkonflikte, oft werden aber auch Konflikte um Ressourcen dabei überdeckt. Häufig zu beobachten ist das Phänomen des völligen Zerfalls staatlicher Ordnung wie in Somalia, Liberia, Sierra Leone und Teilen Kongos und die Übernahme der Macht durch lokale Kriegsherren. Zwischen den ehemals zusammengehörenden Eritrea und Äthiopien fand 1998 in Afrika der einzige zwischen-

staatliche Krieg, statt.

Am 7.6. unternimmt in **Guinea-Bissau** der frühere Armeechef Ansumane Mane einen Putschversuch gegen Präsident Joao Vieira. Mane war Anfang des Jahres unter dem Vorwurf des Waffenhandels mit den senegalesischen Rebellen in der Casamance entlassen worden. Regierungstreue und aufständische Truppen liefern sich heftige Kämpfe. Auf Seiten Vieiras greifen Truppen des Senegals und Guineas in den Konflikt ein. Die senegalesischen Rebellen des MFDC (Mouvement des forces democratiques de Casamances) verbünden sich mit Mane und erobern bis auf die Region um die Hauptstadt ganz Guinea-Bissau. Nachdem zwischenzeitlich vor allem senegalesische Truppen gegen die Rebellen kämpften, treffen sich Mane und Vieira am 31.10. zu Gesprächen in Banjul, Gambia, nachdem ein Vermittlungsversuch Portugals am 1.7. gescheitert war. Am 2.11. unterzeichnen beide Parteien nach Vermittlung von Nigeria und Gambias auf dem ECOWAS-Gipfel in Gambia ein Friedensabkommen. Dies sieht die Stationierung von ECOMOG-Friedenstruppen und Wahlen im März 1999 vor. Die Truppen Senegals bleiben weiter im Land.

Im Zuge der Intervention in Guinea-Bissau verstärkt **Senegal** seine Anstrengungen, die Rebellen der MFDC in der Casamance-Region militärisch zu besiegen.

In **Sierra Leone** verschärfen sich Anfang des Jahres die Kämpfe zwischen der von Nigeria angeführten westafrikanischen Friedenstruppe ECOMOG und Soldaten der Militärjunta von Major Johnny Paul Koroma. Am 10. 3. kehrt Präsident Ahmed Tejan Kabbah aus dem Exil zurück, nachdem die Interventionstruppe die Junta gestürzt und aus Freetown vertrieben hat. Soldaten der Militärjunta sowie die mit ihnen verbündeten RUF-Milizen haben sich ins Landesinnere zurückgezogen und terrorisieren die Bevölkerung. Kämpfe mit den ECOMOG-Truppen dauern in einigen Landesteilen an.

In **Liberia** bleibt die Lage weiter kritisch. Immer wieder kommt es zwischen Regierungstruppen und den Anhängern Roosevelt Johnsons

zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Johnson, ein Gegner des Präsidenten Charles Taylor, entgeht am 20.9. seiner Verhaftung durch die Flucht nach Nigeria. Der Ecomog-Friedenstruppe ist es bisher nicht gelungen, eine neutrale Armee in Liberia aufzubauen. Somit besteht die Regierungsarmee größtenteils aus der ehemaligen Kriegsmiliz des Präsidenten Taylor, der NPFL (National Patriotic Front of Liberia).

Ethnische Konflikte in **Ghana** bleiben latent

Konflikte in Afrika
4: Krieg
Eritrea-Äthiopien neu
Guinea-Bissau (Bürgerkrieg) neu
Kongo (ehem.Zaire) (Bürgerkrieg)
Sudan (Bürgerkrieg)
3: gewaltsame Krise
Angola (Bürgerkrieg)
Burundi (Bürgerkrieg)
Lesotho (Intervention Südafrika) neu
Ruanda (Bürgerkrieg)
Senegal (Casamance)
Sierra Leone (Bürgerkriegsfolgen)
Sudan-Uganda (Konflikte im Grenzgebiet)
2: meist gewaltlose Krise
Angola (Cabinda)
Eritrea-Sudan (Rebellenunterstützung)
Liberia (Unruhen)
Nigeria (Minderheiten)
Somalia (Bürgerkriegsfolgen)
1: latenter Konflikt
Angola (Caprivi-Streifen) neu
Komoren (Sezession)
Djibouti (Afar)
Eritrea-Djibouti (Grenze) beendet
Eritrea-Jemen (Hanisch-Inseln) beendet
Ghana (ethnische Spannungen)
Kenia (Unruhen)
Kongo-Brazzaville (Flüchtlinge, politische Spannungen)
Madagaskar (Sezession) beendet
Mali (Tuareg)
Niger (Tuareg) beendet
Nigeria-Kamerun (Bakassi-Halbinsel)
Somalia (Sezession Somaliland)
Südafrika (Apartheidsfolgen) beendet
Tansania (Sezessionsbestrebungen Sansibar)
Tschad (Bürgerkriegsfolgen) beendet
Zentralafrikanische Republik (Unruhen)

bestehen.

Nigerias Streit mit **Kamerun** um die Bakassi-Halbinsel, auf der reiche Erdölvorkommen vermutet werden, bleibt ungelöst. Durch die Vermittlung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes werden am 24.11. insgesamt 211 Kriegsgefangene und internierte Zivilisten zwischen beiden Staaten ausgetauscht. Unterdessen erwartet Kamerun den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, welcher von ihm mit der Klärung des Streits beauftragt wurde.

In **Nigeria** wird nach dem Tod des Diktators Sani Abacha am 8.6. Generalstabschef Abdusalam Abubakar zu dessen Nachfolger im Präsidentenamt ernannt. Dieser kündigt die Übergabe der politischen Macht an eine gewählte Zivilregierung an. Auf Druck der Opposition wird Moshood Abiola, der Wahlsieger von 1993, freigelassen. Nach dessen plötzlichem Tod am 7.7. kommt es zu schweren Unruhen im ganzen Land, bei denen mindestens 60 Menschen getötet werden. Präsident Abubakar löst die Regierung auf, das Militär bleibt aber im Amt. In Nigeria schwelen außerdem mehrere regionale Konflikte. Diese bestehen meist zwischen verschiedenen Ethnien und betreffen die Gewinnverteilung aus den Erdölverkäufen Nigerias.

Die innerstaatlichen Probleme des **Tschad** sind wohl nicht behoben, können aber aufgrund der ungenügenden Informationslage nicht abschließend bewertet werden.

Im Bürgerkrieg im **Sudan** verhandeln die Regierung aus Khartoum und die südsudanesische Rebellenorganisation der SPLA (Sudanese Peoples Liberation Army) unter John Garang am 4.5. in Nairobi. Am 16.7. verkündet die SPLA einseitig einen dreimonatigen Waffenstillstand. Nachdem im Süden, der von der SPLA beherrscht wird, neben Uran auch Öl gefunden wird, sprechen sich die Rebellen am 27.7. erstmals für eine Teilung des Landes aus. Am 8.8. erklären beide Parteien die laufenden Gespräche für gescheitert, wollen sich aber nach sechs Monaten wieder zu Verhandlungen treffen. Die Operation „Lifeline Sudan“ der UNO,

die eine erneute Hungerkatastrophe im Südsudan verhindern soll, wird von beiden Konfliktparteien behindert.

Der Konflikt um die Unterstützung der Rebellen im **Sudan** durch **Eritrea** bleibt bestehen.

Die fundamental-christliche LRA (Lords Resistance Army) in **Uganda**, die von Sudan unterstützt wird, bekämpft weiter die Regierung in Kampala.

Die Situation der Afar in **Djibouti** ist unklar. Dieser Konflikt ist aber weiterhin latent vorhanden. **Eritreas** Grenzstreit mit **Djibouti** ist beendet. Ende 1997 wird eine vertiefte Zusammenarbeit beider Staaten vertraglich festgelegt. Anfang März reist Djiboutis Ministerpräsident Gourat zu einem offiziellen Besuch nach Asmara.

Im Konflikt zwischen **Eritrea** und **Jemen** ergeht am 9.10. ein Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der den Konflikt um die Hanisch-Inseln beendet. Beide Seiten akzeptieren das Urteil, in dem die Inselgruppe dem Jemen zugesprochen wird. Die eritreischen Truppen räumen die Inseln und werden am 1.11. durch 3.000 jemenitische Soldaten abgelöst.

Eritreische Truppen marschieren am 6.5. im Norden **Äthiopiens** ein und besetzen ein etwa 240 qkm großes Gebiet. Da sich beide Seiten unnachgiebig zeigen, erwächst aus den Grenzstreitigkeiten der weltweit einzige zwischenstaatliche Krieg 1998. Das umkämpfte Gebiet liegt in der Nähe der Stadt Badame und gilt als gutes Ackerland, außerdem sind Gold- und Marmorvorkommen vorhanden. Nach Luftangriffen beider Seiten bietet die OAU erfolglos an, eine Friedensmission in das Kriegsgebiet zu entsenden. Sowohl Telefonate des US-Präsidenten mit den Staatschefs Eritreas und Äthiopiens, Vermittlungsbemühungen der US-Sonderbeauftragten Susan Rice sowie ein von Ruanda und den USA ausgearbeiteter Friedensplan finden kein Gehör. In beiden Staaten kommt es zu Deportationen und Ausweisungen von eritreischen bzw. äthiopischen Zivilisten.

Seit der Einstellung der Kriegshandlungen geben sich Eritrea und Äthiopien unversöhnlich.

Die Lage in **Somalia** bleibt unübersichtlich. Trotz des im Dezember 1997 in Kairo unterzeichneten Friedensabkommens und zahlreicher weiterer Treffen der einflußreichsten Clanführer brechen im Juni in Teilen Somalias schwere Kämpfe aus. Nach ihrer Rückkehr von Friedensgesprächen in Libyen vereinbaren einige Clanführer, darunter Ali Mahdi Mohamed und Hussein Mohamed Aidid, am 16. 7. den Aufbau einer Verwaltung für die Hauptstadt Mogadischu. Ein Fortschreiten des Friedensprozesses bleibt aber weiterhin durch den Widerstand von Osman Ali Atto und anderen Kriegsherren bedroht. Die Situation in **Somaliland** ist weitgehend friedlich. Einige Stämme fühlen sich jedoch eher zum Nordosten Somalias, der ein Regionalparlament eingerichtet hat, als zu Somaliland zugehörig und würden eine lockere Föderation mit Somalia bevorzugen.

Die ethnischen Konflikte in **Kenia** bleiben weiter ungelöst. Nach den Wahlen im Januar kommt es wie in früheren Wahlen zu blutigen Straßenschlachten. Ob die zugesagte Verfassungsreform die Lage stabilisieren kann, ist nicht absehbar.

In **Ruanda** kämpft die Tutsi-Regierung weiter gegen die Hutu-Milizen. Im Verlauf des Jahres liefern sich beide Seiten Gefechte, die Hunderten das Leben kosten. Wegen Verbrechen während des Genozids von 1994 vollzieht die Regierung am 22.4. Massenhinrichtungen. Am 29.8. kommt es in demselben Zusammenhang zur ersten Verurteilung eines hochrangigen Angeklagten durch den ad hoc Strafgerichtshof in Arusha, Tansania.

Die Kämpfe in **Burundi** zwischen Hutu-Milizen und Regierungssoldaten dauern 1998 an. Bei den schwersten Kämpfen kommen am 1.1. und 11.11. jeweils mehr als 100 Menschen um. Am 13.1. verhängt Tansania ein Wirtschaftsembargo. Am 12.6. setzt Präsident Buyoya eine Übergangsregierung ein, in der auch Hutus Ämter erhalten. Nach Vermittlung Tansanias wird am 20.7. ein Waffenstillstand

zwischen Rebellen und Regierung abgeschlossen. Aus dem Konflikt im benachbarten Kongo hält sich die weiter von Tutsi dominierte Regierung weitgehend heraus, um den Friedensprozeß im eigenen Land nicht zu gefährden.

Im **Kongo** ordnet Präsident Laurent Kabila am 27.7. die Ausweisung aller Tutsi nach Ruanda an. Diese und die mit ihnen ethnisch verwandten Banyamulenge in der im Osten gelegenen Kivu-Region rebellieren am 3.8. gegen Kabila. Diese Einheiten kämpften im Mai gegen aus Burundi und Ruanda geflohene Hutus. Zu Spannungen kam es bereits zuvor, da die Tutsi-Soldaten enttäuscht auf nicht eingehaltene Versprechen Kabilas reagierten, den sie im Vorjahr gegen Mobutu Sese Seko unterstützt hatten. Die Versprechen bezogen sich auf Teilhabe an der Macht und Schürfrechte in der Katanga-Provinz, die Kabila amerikanischen Firmen übertragen hatte. Am 17.8. gründen die Rebellen die Sammlungsbewegung RCD (Rassemblement congolais pour la democratie) unter Ernest Wamba dia Wamba. Am 24.8. greift Angola mit Boden- und Luftstreitkräften in die Kämpfe ein. Neben den für Kabila kämpfenden Hutu-Milizen aus Ruanda senden auch Namibia, Simbabwe, Tschad und der Sudan Truppen zu seiner Unterstützung. Die Truppen des Tschad gelangen mit logistischer Unterstützung Libyens in den Nordosten des Kongo. Auf der Seite der Rebellen kämpfen Truppen Ugandas und Ruandas. Die Kämpfe verlagern sich von der Region um die Hauptstadt Kinshasa in den Osten. Dabei kommt es zu direkten Konfrontationen der Interventionstruppen beider Seiten. Am 8.9. scheitern Verhandlungen aller direkt beteiligter Staaten ohne die RCD in Simbabwe ebenso wie Gespräche bei einem Treffen der OAU in Addis Abeba. Am 15.9. droht Ruanda Kabila mit einem offenen Krieg, sollte weiter Gefahr für seine Westgrenze bestehen. Ein Vermittlungsversuch Südafrikas und der USA vom 5.11. bleibt erfolglos. Auf dem Afrika-Gipfel in Paris am 29.11., an dem die RCD wieder nicht beteiligt ist, verkündet Kabila seine Absicht mit den Rebellen am 18.12. in Burkina Faso einen Friedensvertrag schließen zu wollen.

Nach dem Sieg von Denis Sassou-Ngesso im Bürgerkrieg in **Kongo-Brazzaville** und der

Flucht von Ex-Präsident Lissouba Ende des letzten Jahres, kommt es am 16.1. und 4.2. zu Massenhinrichtungen von Regimegegnern, die zu organisiertem Widerstand nicht mehr in der Lage sind.

Die Unruhen in **Zentralafrika**, die letztes Jahr durch meuternde Soldaten und ehemalige Soldaten Mobutus aus Zaire ausgelöst wurden, sind beendet. Am 28.11. finden Parlamentswahlen unter Aufsicht einer UNO-Friedenstruppe statt. Deren Mandat läuft jedoch im Februar 1999 vor den Präsidentschaftswahlen aus.

In **Angola** kommt es am 21.7, 25.9 und am 15.10. zu Gefechten mit mehreren 100 Toten, nachdem sich die UNITA-renovada von der UNITA unter Jonas Savimbi abgespalten hatte. Die UNITA verliert bereits Anfang des Jahres an Einfluß, nachdem ihr die USA die Unterstützung entzogen haben und nun die Regierung unter Präsident dos Santos unterstützen. Frankreich unterstützt dagegen die UNITA, die sich im Kongo-Konflikt mit den Rebellen der RCD verbündet hat. In der angolanischen Exklave **Cabinda** dauert der Kampf secessionistischer Rebellen an. Gleichzeitig benutzt die Regierung Cabinda als Ausgangsbasis für ihre Intervention im Kongo.

Durch die Sezessionsbestrebungen des San-Volkes im Caprivi-Streifen bleiben die Beziehungen **Namibias** zu seinem Nachbar **Botswana** weiterhin gespannt. In diesem Zusammenhang wirft der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Namibias Regierung Menschenrechtsverletzungen vor. Über 300 Namibier flüchteten im November nach Botswana. Von der namibischen Regierung erging ein Schießbefehl gegen alle, die den Grenzfluß Chobe illegal überqueren wollen. Zwei Inseln in diesem Grenzfluß sind der Grund für einen weiteren seit Jahren andauernden Streit zwischen **Namibia** und **Botswana**. In diesem Konflikt wird von beiden Parteien der Internationale Gerichtshof in Den Haag zur Klärung angerufen.

Der politische Rassenkonflikt in **Südafrika** kann mit der Übergabe des Abschlußberichts der Wahrheitskommission am 29. 10. als formal

beendet gelten. Es ist allerdings ein Ansteigen der nichtpolitischen Gewalt zu beobachten.

Nach Dauerprotesten der Opposition in **Lesotho** gegen einen angeblichen Wahlbetrug und nach vergeblichen Vermittlungsversuchen Südafrikas, Botswanas und Simbabwe marschieren am 22. 9. auf Bitte des lesothischen Premierministers Pakalitha Mosisili südafrikanische und botswanische Truppen ein. Teile der lesothischen Armee, die sich der Opposition angeschlossen haben, leisten heftigen Widerstand, werden jedoch nach wenigen Tagen in die Berge vertrieben. Am 29. 10. einigen sich Regierung und Opposition unter Aufsicht der Interventionstruppen auf die Schaffung einer Übergangsbehörde und Neuwahlen in 18 Monaten.

Der Sezessionskonflikt auf den **Komoren** ist weiter ungelöst. Die Lage stabilisiert sich jedoch vor allem durch die Anwesenheit von Truppen der OAU auf der Insel Anjouan. Diese hatte sich letztes Jahr für unabhängig erklärt, woraufhin die Regierung militärisch intervenierte.

Asien

In Süd- und Südostasien dominieren interne Konflikte um Autonomie bzw. Unabhängigkeit einzelner Regionen und um politische Partizipation, die zum Teil äußerst gewalttätig ausgetragen werden. Im Unterschied dazu sind die Konflikte in Ostasien überwiegend zwischenstaatlicher Natur und werden meist gewaltarm ausgetragen. Die Zahl der beobachteten Konflikte ist konstant geblieben.

Südasien

Die seit Jahrzehnten anhaltende Konfrontation zwischen **Indien** und **Pakistan** erfährt im Mai eine Eskalation, als zunächst Indien und danach Pakistan jeweils mehrere Atomtests durchführen. Im Zusammenhang mit den indischen Atomtests verschärft sich auch der Streit zwischen Indien und der VR China um ihre gemeinsame Landgrenze. Indien und Pakistan wollen nur unter der Bedingung dem Atomwaffensperrvertrag beitreten, daß sie als offizielle Atomkräfte aufgenommen werden. Als Reaktion auf die Atomtests verhängen mehrere west-

liche Staaten ein Wirtschaftsembargo gegen

Konflikte in Asien und Ozeanien
4: Krieg
Sri Lanka (Tamilen)
3: gewaltsame Krise
Indien (Assam)
Indien (Kaschmir)
Indonesien (Demokratisierungsbewegung)
Kambodscha (Machtkampf)
Myanmar (Schan, Karen)
Nepal (Aufstand)
Pakistan (Karatschi; Schiiten-Sunniten)
2: meist gewaltlose Krise
Indien (Punjab)
Indonesien (Aceh)
Indonesien (Irian)
Indonesien (Osttimor)
Korea (Teilung)
Papua-Neuguinea (Bougainville)
Philippinen (Muslime)
VR China (Tibet)
1: latenter Konflikt
Bangladesch (Chittagong)
Bangladesch (Farakha)
Bhutan/Nepal (Minderheit)
Indien/VR China
Japan/Rußland (Kurilen)
Malaysia (Demokratisierungsbewegung) neu
Myanmar (Demokratisierungsbewegung)
Philippinen (Kommunisten)
Südkorea/Japan (Tokto-Insel)
VR China (Uiguren)
VR China/Kasachstan beendet
VR China/Philippinen et. al. (Spratly/Paracel)
VR China/Taiwan

Indien und Pakistan, unter dem vor allem Pakistan leidet. Am Rande der UN-Vollversammlung signalisieren die Ministerpräsidenten beider Staaten im September ihre Gesprächsbereitschaft. Die seit Ende 1997 anhaltenden Gefechte entlang der Waffenstillstandslinie in Kaschmir, werden bei einer am 18.10. getroffenen Vereinbarung zwischen Vertretern Indiens und Pakistans beendet. Die Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs bleibt jedoch weiterhin offen. Zahlreiche untereinander verfeindete Guerillagruppen kämpfen im Nordosten **Indiens**

um die Autonomie **Assams**. Die Spannungen zwischen den ethnischen, sozialen und religiösen Gruppen finden ihren Höhepunkt, als am 9.10 bei einem Anschlag 13 Menschen getötet werden.

In **Pakistan** halten die blutigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen (Sunniten, Schiiten, Paschtunen und Mohajiren) unvermindert an.

Die Regierung von **Bangladesch** und Vertreter der buddhistischen Guerillabewegung Shanti Bahini unterzeichnen am 2.12.1997 ein Friedensabkommen, das nach 24 Jahren zur Beilegung des Guerillakrieges in den Chittagong Hill Tracts führen soll. Die Regierung gewährt den ethnischen Gruppen Autonomierechte und den Rebellen Amnestie, während diese zusagen, innerhalb von 45 Tagen ihre Waffen niederzulegen. Die Oppositionsparteien Bangladeschs sowie die in die Region eingewanderten muslimischen Bengalen lehnen das Abkommen ab.

Der Krieg um die Unabhängigkeit des tamilischen Nordostens **Sri Lankas**, der bereits 50.000 Tote gefordert hat, verschärft sich im Jahre 1998 abermals. Nach einem Anschlag auf die buddhistische Tempelanlage in Kandy verbietet die Staatspräsidentin Sri Lankas, Kumaratunge, am 26.1. die Guerillabewegung Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Im Juni verhängt Kumaratunge eine Zensur über die Kriegsberichterstattung. Der Vorschlag der Regierung zur Beendigung des Bürgerkriegs, der u.a. eine Teilautonomie der Provinzen vorsieht, findet nicht die nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament. Zum Jahresende verstärken sich im Norden die Kämpfe sowohl zu Land als auch zur See, wobei mindestens 5.000 Menschen getötet werden.

In **Nepal** hält der von der Untergrundbewegung Jana Yudha ("Volkskrieg") initiierte Aufstand an und fordert mehrere hundert Tote.

Auch der Minderheitenkonflikt zwischen der von Nepal unterstützten nepalesischen Minderheit in Bhutan und **Bhutan** schwelt weiter.

Ostasien

Ostasien bleibt im Vergleich zu Südasien und Südostasien die gewaltärmere Subregion des Kontinents. Zwischenfälle wie z.B. der nordkoreanische Raketentest führen zwar zu kurzzeitigen Spannungen in der Region, scheinen sich aber nicht zu Konflikten auszuweiten.

Parallel zu den zwischen **Süd- und Nordkorea** sowie der VR China und den USA in Genf abgehaltenen Vier-Parteien-Gesprächen kommt es auch weiterhin zu Grenzverletzungen zwischen beiden koreanischen Staaten. Im Juni 1998 verfährt sich ein nordkoreanisches U-Boot in einem Schleppnetz in südkoreanischen Hoheitsgewässern. Trotz dieser Vorkommnisse führen die südkoreanische Regierung und südkoreanische Geschäftsleute die Annäherung gegenüber Nordkorea fort ("Sonnenscheinpolitik"). Erstmals darf im Gegenzug für die Lieferung von Nahrungsmitteln eine Gruppe südkoreanischer Touristen im November 1998 Nordkorea besuchen.

Das geistige Oberhaupt der **Tibeter**, der Dalai Lama, erklärt bei verschiedenen Anlässen, daß sich die politische und geistige Funktion seines Amtes überlebt habe und schlägt die kulturelle, sprachliche und religiöse Autonomie Tibets innerhalb der **VR China** als "mittleren Weg" vor. Im Zusammenhang mit der anhaltenden Besatzungspolitik der VR China kommt es im Mai 1998 im tibetanischen Zentralgefängnis zu einer Häftlingsrevolte. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands der moslemischen **Uiguren** in der autonomen Region Xinjiang durch die Regierung der VR China im Vorjahr entspannt sich die dortige Lage im Verlauf des Jahres 1998.

Erstmals seit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs treffen sich im Oktober 1998 ranghohe Vertreter der **VR China** und **Taiwans** auf dem chinesischen Festland zu einem Dialog, der auf taiwanesischem Gebiet fortgesetzt werden soll.

Der Streit zwischen der VR China, den **Philippinen, Vietnam, Malaysia, Taiwan, Brunei** und **Indonesien** um Besitzrechte an einzelnen

der erdölreichen Inseln im südchinesischen Meer hält an. Wie bereits im Vorjahr stehen sich auch im Jahr 1998 die Philippinen und die VR China mit Teilen ihrer Kriegsmarine gegenüber. Die **VR China** und **Vietnam** signalisieren ihre Bereitschaft, den Streit um ihre Landgrenze formal beizulegen.

Im Streit zwischen **Japan** und **Rußland** um die Zugehörigkeit der Kurilen-Insel legen Regierungsvertreter beider Seiten konkrete Vorschläge bezüglich der Verwaltung der Inseln vor. Die Verhandlungen über den Friedensvertrag werden 1998 weitergeführt.

Der Streit zwischen **Japan** und **Südkorea** um den Status der Tokto-Insel bleibt ohne besondere Vorkommnisse bestehen.

Der Grenzstreit zwischen der **VR China** und **Kasachstan** um den Gebirgspass Bai-Mursa und um einen Streifen beim Fluß Sary-Tscharly wird am 4.7. durch ein Grenzabkommen beigelegt. Kasachstan erhält 53% und VR China 47% des umstrittenen 1000 km² großen Gebiets.

Südostasien

Durch die Wirtschaftskrise intensivieren sich in manchen südostasiatischen Staaten die Machtkämpfe an der Regierungsspitze sowie Konflikte um die politische Partizipation.

Im Zuge des Machtkampfes in **Kambodscha** zwischen Anhängern des Ministerpräsidenten Hun Sen und des entmachteten Ex-Komministerpräsidenten Ranariddh finden unter Beteiligung von Splittergruppen der ehemaligen Roten Khmer bis Februar 1998 Kämpfe statt. Auf der Basis eines von Japan vermittelten Friedensplans, der die Rückkehr Ranariddhs und seine Teilnahme an den Parlamentswahlen am 26.7. vorsieht, rufen Ranariddh und Hun Sen am 27.2. zum unbefristeten Waffenstillstand auf. Im April wird der Tod des früheren Diktators Pol Pot gemeldet. Der kambodschanische Verteidigungsminister bricht Ende April 1998 die Friedensgespräche mit den noch kämpfenden Roten Khmer-Fraktionen ab. Bei den umstrittenen Parlamentswahlen erhält die Partei Hun Sens (CPP) nicht die für eine Alleinregie-

rung erforderliche Zweidrittelmehrheit. Mitte November einigen sich Hun Sen und Ranariddh erneut auf eine Koalitionsregierung. Hun Sen bleibt Ministerpräsident, während Ranariddh Parlamentspräsident wird. Letzte bewaffnete Einheiten der **Khmer Rouge** ergeben sich Anfang Dezember 1998.

In **Myanmar** setzt die Militärregierung "Council for Peace and Development" die Militäroperationen, die Vertreibungen, die Zwangsumsiedlungen und die Folter gegen zahlreiche ethnische Minderheiten (u.a. Shan und Mong) fort. Die Demokratiebewegung, deren prominenteste Vertreterin die Friedensnobelpreisträgerin und Vorsitzende der Nationalen Liga für Demokratie Aung San Suu Kyi ist, wird weiterhin von der Regierung behindert. Im Herbst werden über 300 Oppositionelle, darunter 50 Abgeordnete des gewählten und nie zusammengetretenen Parlaments, verhaftet. Durch Gesprächsangebote an einen Flügel der NLD versucht die Regierung die Opposition zu spalten.

Auf den **Philippinen** unterzeichnen nach vierjährigen Verhandlungen die philippinische Regierung und Vertreter der kommunistischen Rebellen, darunter die National Democratic Front (NDF), Mitte März 1998 in Den Haag ein Menschenrechtsabkommen. Mit diesen und drei weiteren noch zu schließenden Abkommen sollen die seit rund dreißig Jahren dauernden Auseinandersetzungen beendet werden.

In **Malaysia** entläßt im Streit innerhalb der Regierung zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise Ministerpräsident Mahathir bin Mohammed seinen Stellvertreter und Finanzminister Anwar Ibrahim. Dieser fordert bei von ihm angeführten Demonstrationen den Rücktritt Mahathirs, woraufhin er Mitte September verhaftet wird. Mit den Forderungen nach Anwar Ibrahims Freilassung bekommt die Demokratiebewegung neuen Auftrieb.

Im Konflikt auf **Papua-Neuguinea** unterzeichnen im neuseeländischen Christchurch Vertreter der Regierung und der Separatistenbewegung Bougainville Revolutionary Army (BRA) am 23.1. das "Lincoln-Abkommen". Es sieht vor,

daß die seit 1988 anhaltenden Kämpfe, denen ca. 20.000 Menschen zum Opfer fielen, zum 30.4. endgültig eingestellt und die Rebellen amnestiert werden. Der politische Status der Insel Bougainville soll durch Verhandlungen geklärt werden.

Die Wirtschaftskrise in **Indonesien** führt zu Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Seit Januar kommt es wiederholt zu Straßenschlachten sowie zu Plünderungen, die sich insbesondere gegen ethnische und religiöse Minderheiten (u.a. Han-Chinesen) richten. Am 10.3. wird der seit seinem Putsch im Jahre 1965 amtierende Präsident Suharto von der "Beratenden Volksversammlung" für weitere 5 Jahre im Amt bestätigt, wobei ihm Sondervollmachten zur Aufstandsbekämpfung verliehen werden. Die Wiederwahl Suhartos und die Erhöhung der Energiepreise sind im Mai Auslöser heftiger Unruhen. Über 1000 Demonstranten werden von Militär und Polizei erschossen. In Folge dieser Vorgänge sowie auf Druck vom IWF und wegen der mangelnden Unterstützung durch das Militär, erklärt Präsident Suharto am 21.5. seinen Rücktritt. Seine Nachfolge tritt der bisherige Vizepräsident Habibie an. Inhaftierte Regimegegner werden freigelassen, neue Parteien und unabhängige Gewerkschaften werden zugelassen. Trotzdem behalten die beiden Oppositionsführer Megawati und Amien Rais ihren Druck auf die Regierung bei und werden dabei durch teilweise gewaltsame Demonstrationen von Schülern und Studenten unterstützt. In **Osttimor**, **Aceh** und **Irian Jaya** hat das Militär die Lage unter Kontrolle. Am 20. 6. legt Habibie einen Friedensplan für Osttimor vor, der die Freilassung des Führers der Rebellenbewegung FRETILIN, Gusmão, eine Finanzhilfe, einen Truppenteilabzug sowie eine bedingte Autonomie vorsieht. Die FRETILIN besteht auf einem Referendum über die Frage der Unabhängigkeit und lehnt den Plan ab. Am 4.8. sowie am 6.10. verhandeln die Außenminister Portugals und Indonesiens unter Vermittlung der UN in New York über einen Plan für ein autonomes Osttimor. Bei einer Demonstration in Irian Jaya am 2.7. werden etwa 100 Demonstranten festgenommen.

Vorderer und Mittlerer Orient

Maghreb

In Algerien geht nach grausamen Massakern während des Ramadan das fast tägliche Morden von Intellektuellen, Familien und Dorfgemeinschaften weiter. Internationale Vermittlungsversuche der EU im Januar und Februar und der Vereinten Nationen im August und Dezember werden von der algerischen Regierung abgelehnt oder behindert. Mit der Einführung des Hocharabisch als Landessprache hat der Sprachkonflikt zwischen frankophonen Algeriern und Berbern eine Eskalation erfahren. Der Rücktritt von Staatspräsident Zeroual im September und die Ankündigung Wahlen im Februar 1999 abzuhalten geben Anlaß zu Spekulationen über Machtkämpfe in der algerischen Führungsriege.

Im politischen Konflikt zwischen **Marokko** und der **POLISARIO** um das Westsahara-Gebiet ist das Mandat der Vereinten Nationen bis Dezember 1999 verlängert worden. Streitgegenstand ist die Größe der Wahlkreise im Zusammenhang mit dem geplanten Referendum über den Status des ressourcenreichen Wüstengebiets.

Die Ankündigung **Libyens**, die mutmaßlichen Lockerbie Attentäter im Dezember 1998 an die Niederlande auszuliefern, wo ihnen nach schottischem Recht der Prozeß gemacht werden soll, hat nicht das erhoffte Ende der UN Sanktionen gegen Libyen gebracht.

Ägypten bleibt nach den Anschlägen militanter Islamisten auf Touristen im vergangenen Jahr dieses Jahr von weiteren Attentaten weitgehend verschont. Der Konflikt zwischen Islamisten und Regierung bleibt jedoch latent bestehen.

Golf

Der seit langem schwelende Konflikt zwischen **Bahrein** und **Qatar** um die Hawar Inseln eskaliert im Juli, als Bahrein verlauten läßt, es wolle seine Pläne zum Bau einer Brücke, die die Inseln mit dem bahreinischen Festland verbinden sollen, nicht am Einwand Qatars scheitern las-

sen.

Der Territorialkonflikt zwischen **Saudi-Arabien** und **Jemen** um die Errichtung eines 100 km breiten und 500 km langen Korridors an der jeminitisch-omanischen Grenze, der den Saudis einen für die Ölförderung wichtigen Zugang zum Golf von Aden verschaffen würde, eskaliert im Juni, als saudische Truppen jeminitische Inseln im Roten Meer angreifen, um den Jemen zu einem Einlenken in dieser Frage zu bewegen.

Arabischer Osten und Türkei

Der Konflikt zwischen den UN-Rüstungsinspektoren der **UNSCOM** und dem **Irak** gewinnt im November eine neue Intensität. Saddam Hussein verweigert den Inspektoren wie im

Konflikte im Orient
4: Krieg
Türkei//Kurden (PKK)
Afghanistan (Bürgerkrieg)
3: gewaltsame Krise
Tadschikistan (regionalistische Opposition)
Algerien (Islamisten gg. Regierung)
Irak (Kurden//Kurden)
Irak (Kurden)
Israel//Libanon (Hisbollah)
Israel//Paläst. Autonomiebehörde
2: meist gewaltlose Krise
Irak (Schiiiten)
Irak-UNO/USA (Rüstungsinspektionen)
West-Sahara (Referendum)
Bahrein (islamische Opposition)
1: latenter Konflikt
Iran (Opposition)
Iran (Rushdie) beendet
Iran//Irak (regionale Macht)
Israel//Syrien (Golan)
Türkei//Rußland (Meerengen-Passage)
Bahrein//Katar (Grenze)
Iran//Vereinig. Arab. Emirate (Grenze)
Jemen (interne Machtkämpfe)
Jemen//Saudi Arabien (Grenze)
Katar//Saudi Arabien (Grenze)
Saudi Arabien//Kuwait (Grenze)
Ägypten (Islamisten gg. Regierung)
Libyen//USA, UN
Sudan//Ägypten (Grenzverlauf)
Afghanistan/Iran neu
Armenien//Azerbajjan (Berg-Karabach)
Rußland, Iran gg. USA (Kaspisches Erdöl)

Vorjahr die Kooperation und fordert die Aufhebung der Sanktionen. Die USA verstärken daraufhin ihre Luft-, See-, und Bodenstreitkräfte, um Druck auf den Irak auszuüben. Hussein lenkt erst ein, als ein bereits von Präsident Clinton befohlener Militärschlag wieder abgebrochen wird.

In der ersten Jahreshälfte kommt es immer wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen **Palästinensern** und Sicherheitskräften **Israels**, bei denen im Juni mindestens acht Palästinenser sterben und über 200 verletzt werden. Unter Vermittlung der USA wird am 26.10. in Washington das Abkommen von Wye von Israels Ministerpräsidenten Netanjahu und dem Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde Arafat unterzeichnet. Damit wird nach zähen Verhandlungen und zweijähriger Verspätung die zweite Phase des *Oslo*-Abkommens von 1996 verwirklicht. Israel soll sich in Teilschritten aus insgesamt 13% des Westjordanlandes zurückziehen. Die Palästinenser sollen ihren Kampf gegen den Terrorismus verstärken und antiisraelische Passagen aus ihrer Gründungscharta streichen. Trotz des Abkommens bleibt die Lage durch die israelische Siedlungspolitik weiter angespannt.

Die Gefechte zwischen **Israel** und der **Hisbollah** im Südlibanon halten weiterhin an und fordern vermehrt zivile Opfer.

Die Verhandlungen zwischen **Israel** und **Syrien** um die Golanhöhen stagnieren bislang immer noch, an den bisherigen Positionen hat sich nichts geändert.

Der **Iran** rückt im September von dem Todesurteil gegen Salman **Rushdie** ab und distanziert sich von dem Kopfgeld in Höhe von ca. 2,5 Mio. Dollar.

Anfang Oktober beschuldigt die **Türkei** **Syrien** der Unterstützung der PKK und fordert von Syrien, dem Chef der PKK, Öcalan, keinen Unterschlupf mehr zu gewähren. Die türkische Regierung droht Syrien und ordnet die Verlegung von Truppen an die türkisch-syrische Grenze. Ende Oktober kommt es zur Entspan-

nung, als sich Damaskus bereit erklärt, seine Unterstützung für die PKK einzustellen.

Im Kampf zwischen den beiden Kurdenparteien **PUK** (Patriotische Union Kurdistans) und der **DPK** (Kurdische Demokratische Partei) kommt es unter US-Vermittlung im September zu einem Abkommen, in der beide Parteien eine Übergangsregierung sowie die Abhaltung von Wahlen vereinbaren. Im November treffen sich die Führer beider Parteien zu Gesprächen mit der türkischen Regierung in Ankara.

Im Krieg zwischen der **Türkei** und der **PKK** unternimmt die türkische Armee im November den in diesem Jahr größten Vorstoß von ca. 25.000 Mann in den Irak, um gegen PKK-Kämpfer vorzugehen. Die PKK wurde in den vorangehenden Monaten kontinuierlich durch türkische Offensiven geschwächt. Die Festnahme des PKK Führers Öcalan in Italien im Dezember 1998 und die türkische Forderung nach seiner Auslieferung führen zu diplomatischen Spannungen innerhalb der EU sowie zwischen der EU und der Türkei.

Zentralasien und (Trans-) Kaukasus

In **Afghanistan** gehen die Kämpfe der Bürgerkriegsparteien weiter. Die am 26.4. aufgenommenen Friedensgespräche werden am 3.5. abgebrochen. Im Verlauf ihrer Eroberungen im Sommer 1998 sind die Milizen der Taliban unter Umgehung des zentralen Hochlandes von Südwesten nach Nordosten, in die von Dostams Usbeken-Milizen gehaltenen Nordprovinzen vorgestoßen und haben den größten Teil des afghanischen Grenzgebietes im Norden besetzt. Durch die Einnahme von Hayratan an der Grenze zu Usbekistan, wurde die wichtigste Nachschublinie der Nordallianz unterbrochen. Bis zum September können die Taliban noch die von proiranischen schiitischen Milizen gehaltene zentrale Provinz Bamian erobern. Faktisch sind die Taliban-Gegner damit innerhalb des Landes nahezu isoliert. Deren Milizen, die praktisch nur noch aus der tadschikischen Minderheit bestehen und von Ahmad Massud und dem ehemaligen Präsidenten Rabbani geführt werden, halten noch Teile der Provinzen Takhar und Badakhschan, den Wakhan-Korridor zur

chinesischen Grenze sowie die strategisch wichtige Salang-Straße nördlich der Hauptstadt und das Panschir-Tal. Zwar kontrollieren die Taliban insgesamt über 90 Prozent des Landes, aber ihr Versuch noch vor dem Winter die Einheiten von Massud endgültig zu schlagen, ist gescheitert. Nach der Ermordung von neun iranischen Diplomaten bei der Eroberung der nordafghanischen Stadt Mazar-e Sharif durch die Milizen der Taliban kommt es im September zum Konflikt zwischen dem Iran und Afghanistan. Der Iran verlangt die Auslieferung der Täter und setzt Anfang November umfangreiche Manöver an der Grenze zu Afghanistan an. Die Gefahr eines afghanisch-iranischen Krieges ist jedoch nach Verhandlungen Mitte Oktober mit der Taliban in Islamabad gebannt.

In **Tadschikistan** kommt die Verwirklichung des Friedensabkommens von Ende Juni 1997 nur schleppend voran. Im März brechen schwere Gefechte aus. Im November kommt es zum ersten Mal zu heftigen Kämpfen in der nördlichen Region Leninabad. In der Hauptstadt Duschanbe werden wichtige Regierungs- und Verwaltungsgebäude, sowie der Flughafen von Rebellen besetzt. In der Stadt Chodschent kommt es zu heftigen Kämpfen. Verantwortlich dafür ist der ehemalige Armeeeoffizier und Rebellenchef Chodjberdijew, ein Usbeke, der sich von dem Abkommen in Moskau Ende Juni 1997 übergangen fühlt. An der Grenze zu Usbekistan spitzt sich die Situation krisenhaft zu, da vermutet wird, daß Chodjberdijew von dort unterstützt wird. Eine Woche nach Ausbruch der Kämpfe haben die Regierungstruppen die Region wieder vollständig unter Kontrolle.

Iran und Rußland unterzeichnen am 10.1. eine Reihe von Abkommen im Bereich der Öl- und Gasförderung im Kaspischen Meer. Es muß jedoch noch der rechtliche Status des Kaspischen Meeres geklärt werden. Durch neue Bestimmungen zur Regelung des Schiffsverkehrs durch die türkischen Meerengen zwischen dem schwarzen Meer und dem Mittelmeer im November, hat die **Türkei** den Kampf um die Kontrolle des kaspischen Erdöls zusätzlich verschärft.

Im Konflikt zwischen **Armenien** und **Azerbaidjan** um Berg-Karabach bekräftigen trotz un-nachgiebiger Positionen der armenische Präsident Kotscharjan und der aserbaijanische Alijew an ihrem Treffen am 29.4 das Festhalten am Friedensabkommen von 1994.

Die Lage im Nordkaukasus ist durch die einzelnen Sezessionskonflikte weiterhin instabil. In **Dagestan**, **Inguschien** (bzw. Inguschetien), **Nordossetien** und **Tschetschenien** gab es eine anhaltende Welle von Gewalt und Entführungen. In Tschetschenien kommt es durch die Ernennung des Ex-Rebellenchefs Bassajew zum Premier in Januar zu Spannungen mit Moskau. Im Juli führen Soldaten der regulären Armee und die sogenannten „Scharia Bataillone“ der islamischen Fundamentalisten längere Gefechte. Besondere Aufmerksamkeit bei den muslimischen Teilverbänden gilt der Bewegung der Wahabiten, die den Nordkaukasus in einen „Gottesstaat“ verwandeln wollen. Sie operieren an beiden Seiten der Grenze zu Dagestan. In **Dagestan** kommt es in diesem Jahr zu zahlreichen kleineren bewaffneten Konflikten mit einzelnen lokalen Milizen, religiösen und ethnischen Gruppen. Die Verhandlungen der Streitparteien am 23.5. führen nur für eine kurze Zeit zum Ende der Auseinandersetzungen.

In **Georgien** kommt es immer wieder zu Unruhen durch Rebellen und Anhänger des georgischen Ex-Präsidenten Gamsachurdia. Im Oktober findet ein Armeeaufstand statt. Dieser wird jedoch schnell niedergeschlagen.

Der Konflikt zwischen **Georgien** und **Abchasien** ist weiterhin durch gelegentliche Kämpfe gekennzeichnet, die vor allem zwischen abchasischen Polizisten und dem georgischen Freiwilligenverband, der „Weißen Legion“ in der UNO und GUS kontrollierten Sicherheitszone Gali geführt werden. Die Verhandlungen in Moskau im Juli brechen zusammen, so daß die Lage weiterhin instabil bleibt.

Amerika

In der erneut konfliktärmsten Region Nord-, Zentral- und Südamerika überwiegen wie im

vergangenen Jahr Deeskalation und Stabilisierung. Putsche oder Putschversuche hat es wiederum nicht gegeben und neue Konflikte sind nicht aufgetreten. Erhöhte Beachtung fanden die Einigung im Grenzkonflikt zwischen Ecuador und Peru und die Verhandlungen mit der kolumbianischen ELN-Guerilla in Würzburg.

In **Kanada** ist aufgrund einer Entscheidung des Supreme Courts erneut Bewegung in die Auseinandersetzung um die Sezessionsbestrebungen der Provinz Quebec gekommen. Das Urteil untersagt der Provinz, sich einseitig von der Föderation zu lösen und unterstreicht die Pflicht der Bundesregierung zu Verhandlungen. Die Position des Gerichts gibt beiden Seiten die Hoffnung auf eine Lösung des Konflikts in ihrem Sinne. Nach dem Sieg der separatistischen Parti Quebecois bei den Provinzwahlen vom 1. Dezember hat ihr Chef Bouchard angekündigt, eventuell ein drittes Referendum über die Unabhängigkeit einzuleiten.

Nach dem Papstbesuch auf Kuba im Januar entspannt sich der Konflikt zwischen den **USA** und **Kuba** leicht. Im März kündigt die US-Regierung den Verzicht auf 1996 erlassene, wirtschaftliche Strafmaßnahmen an. Auch 1998 wurden die Helms-Burton Blockadegesetze nicht in Kraft gesetzt. Die seit Jahrzehnten bestehenden Sanktionen werden jedoch nicht aufgehoben.

Der Konflikt in **Mexiko** zwischen der mexikanischen Armee und einzelnen Guerilla Gruppen im Bundesstaat **Guerrero** verzeichnet 1998 eine geringe Anzahl von Todesopfern, die bei Aktionen der Sicherheitskräfte ums Leben kamen.

Ebenfalls in **Mexiko** wird der Friedensprozeß zwischen der zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) und der Zentralregierung für den Bundesstaat **Chiapas** erneut stark belastet. Nach einem Massaker am 22.12.1997 an 45 Tzotil Indianern, und trotz einem Entwurf zu einer Verfassungsänderung zugunsten der Rechte der Indianer kommen die Friedensverhandlungen nicht wieder in Gang. Anfang Juni tritt Bischof Samuel Ruiz Garcia als Vorsitzender der vermittelnden Organisation Conai zu-

rück. Am selben Tag erklärt sich die Conai selbst als aufgelöst. Im Juli verkündet der Innenminister einen neuen Friedensplan. Neue Impulse erfährt der Friedensprozeß aber erst Ende November, als sich zum ersten Mal seit Januar 1997 Vertreter der Zapatisten und der parlamentarischen Vermittlungskommission Cocopa in San Cristobal treffen.

Mehrere latente **Grenzfragen** bestehen weiter, wie die Gebietsansprüche von **Guatemala** an **Belize** und die Ansprüche von **Nicaragua** an **Kolumbien** auf die San-Andres-Inseln. Der Disput zwischen **Venezuela** und **Kolumbien** um die kolumbianischen Monjes-Inseln wird nicht mehr thematisiert. Spannungen treten dagegen um die Kontrolle der Grenze beim Kampf gegen die Guerilla und den Drogenschmuggel auf. Im Streit zwischen **Venezuela** und **Guyana** um den venezolanischen Anspruch auf die Essequibo-Region wurde 1993 die Einsetzung

bolivianischen Ansprüche an **Chile** auf einen Zugang zu Meer bleiben jedoch bestehen. Im Konflikt um die Falkland-Inseln zwischen **Argentinien** und **Großbritannien** hat der argentinische Präsident Menem im Oktober 1998 erstmals Großbritannien besucht, um die bislang erreichte Aussöhnung zu dokumentieren und die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen. Bei keinem dieser Gebietskonflikte gehen die Akteure von einer tatsächlichen Änderung der bestehenden Grenzen aus. Durch die Stabilisierung der Demokratien und die vertiefte ökonomische Zusammenarbeit werden die Konflikte innenpolitisch weniger instrumentalisiert. Mit einer passiven Beilegung in näherer Zukunft ist daher zu rechnen.

Der seit 150 Jahren bestehende und immer wieder eskalierende Konflikt um das Gebiet der Kondorberge zwischen **Peru** und **Ecuador** ist am 25.10. beigelegt worden. An diesem Tag unterzeichneten die beiden Konfliktparteien den von den Garantiestaaten USA, Argentinien, Brasilien und Chile ausgearbeiteten Friedensvertrag in der brasilianischen Hauptstadt. Mit der Unterzeichnung des Vertrags wird der bereits bestehende Status quo weitgehend bestätigt: Peru wird das umstrittene Gebiet zugesprochen, in dem es schon jahrzehntelang die Souveränität ausübt; im Gegenzug werden Ecuador Handels- und Schifffahrtsrechte auf dem Amazonas sowie die privat-wirtschaftliche Nutzung eines 20 Quadratkilometer großen Areals in der Tiwinza-Schlucht eingeräumt, dessen Souveränität allerdings bei Peru verbleibt. Um zukünftigen militärischen Zusammenstößen vorzubeugen, verpflichtet der Friedensvertrag beide Parteien zu Errichtung eines Naturschutzparks entlang ihrer Grenzen, in dem keine Truppen stationiert sein dürfen.

In **Peru** gelingt es dem zivil-militärischen Regime von Präsident Fujimori die Guerilla militärisch zu besiegen und den Krieg zu beenden. Der Leuchtende Pfad (Sendero Luminoso) ist gespalten und die zum Weiterkämpfen bereite Fraktion ist nur noch zu sporadischen Anschlägen in der Lage. Auch die MRTA ist politisch isoliert und die spektakuläre Besetzung der japanischen Botschaft im Dezember 1996 glich eher einem Rückzugsgefecht.

Konflikte in Amerika
4: Krieg
Kolumbien (Guerilla: FARC)
3: gewaltsame Krise
Kolumbien (Guerilla: ELN)
2: meist gewaltlose Krise
Mexiko (Chiapas: Zapatisten)
Peru (Leuchtender Pfad)
1: latenter Konflikt
Argentinien//Großbritannien (Falkland)
Bolivien//Chile (Meereszugang)
Ecuador //Peru (Kondorberge)
Guatemala//Belize (Grenze)
Kanada (Sezession Québec)
Kanada//USA (Lachsfang)
Mexiko (Guerrero: ELN)
Nicaradua//Kolumbien (San-Andres-Inseln)
USA//Kuba (Embargo-Politik)
Venezuela//Guyana (Essequibo) beendet
Venezuela//Kolumbien (Monjes-Inseln)

eines Vermittlers vereinbart. Nachdem sich beide Seiten geeinigt haben eine friedliche Lösung herbeizuführen, hat Venezuela seinen Anspruch nicht mehr erneuert, so daß der Konflikt als passiv beigelegt betrachtet werden kann. Mit dem Abkommen von Ilo 1993 erhielt Bolivien von Peru eine Freihandelszone am Pazifik. Die

Die Auseinandersetzung mit den Dschungelkämpfern in **Surinam** in den 80er Jahren ist nach einem neuerlichen Aufflammen 1994 durch passive Beilegung faktisch beendet.

Nach der halbherzigen Friedensinitiative des Ex-Präsidenten Samper wird der Krieg in **Kolumbien** fortgesetzt. Die Mehrzahl der Guerillaverbände gibt nach den Friedensabkommen von 1991 den bewaffneten Kampf auf und integriert sich teilweise in das politische System. Die beiden größten Gruppen, die **FARC** und die **ELN**, kämpfen jedoch weiter. Sie haben zwar keine Aussichten auf einen militärischen Sieg,

aber sie können ihre Positionen verbessern und sind heute stärker als je zuvor. Trotz andauernder intensiver Kämpfe initiiert die Regierungsseite, die ebensowenig militärisch gewinnen kann, hochrangige Kontakte. Der neue Präsident Pastrana trifft sich erstmals direkt mit Führern der FARC. Unter Vermittlung der deutschen Kirchen hat auch die ELN Gespräche mit Regierungsvertretern in Würzburg geführt. Beide Seiten scheinen erstmals an ernsthaften Verhandlungen interessiert. Von einer Deeskalation kann in Kolumbien aber noch nicht gesprochen werden.

HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG
 HIIK e.V.

am Institut für Politische Wissenschaft
 Marstallstr. 6, 69117 Heidelberg , Tel.: 06221-543198 Fax: 06221-542896
 Email: info@hiik.de Web <http://www.hiik.de>

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Nicolai Andersen, Christian Bauer, Peer Böhrnsen, Tatjana Cicvara, Kai Escherich, Christoph Klinger, Sabine Klotz, Hendrick Lehmann, Christian Mäntele, Leila Mousa, Frank Plamböck, Christoph Rohloff, Hardi Schindler, Christine Schlund, Nicolas Schwank, Philipp Seel, Du-Chel Sin, Dr. Bernhard J. Trautner, Thorsten Veith, Mark Wenz und Florian Winckler.

HIIK

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK e.V. ist ein gemeinnützig anerkannter eingetragener Verein, der sich der Erforschung, Dokumentation und Prognose interner und internationaler politischer Konflikte widmet. Der Verein wurde 1991 von den Mitarbeitern des Forschungsprojekts KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) unter der Leitung von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg gegründet.

Das HIIK veröffentlicht jährlich im Dezember das Konfliktbarometer mit einer Soll- und Haben Bilanz des weltweiten politischen Konfliktgeschehens. Putsche, Putschversuche, Akte des Internationalen Terrorismus sowie neu ergriffene Maßnahmen der Konfliktbearbeitung werden ebenfalls erfaßt.

KOSIMO Datenbank

KOSIMO ist eine Datenbank mit derzeit 661 internen und internationalen, gewaltsamen und nicht gewaltsamen politischen Konflikten weltweit zwischen 1945 und 1995. Jeder Konflikt ist mit dreißig Variablen codiert. KOSIMO ist auf der HIIK Seite im Internet abrufbar (<http://www.hiik.de>).

Veröffentlichungen mit KOSIMO-Daten 1998

Biermann, Frank/ Petschel-Held/ Gerhard, Rohloff, Christoph 1998: Umweltzerstörung als Konfliktursache? Theoretische Konzeptionalisierung und empirische Analyse des Zusammenhangs von „Umwelt“ und „Sicherheit“. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5:2, S. 273-308

Rohloff, Christoph 1998: Konfliktforschung und Umweltkonflikte: Methodische Probleme. In: Alexander Carius und Kurt M. Lietzmann (Hrsg.) unter Mitarbeit von Kerstin Imbusch: Umwelt und Sicherheit. Herausforderungen für die Internationale Politik. Berlin und Heidelberg: Springer Verlag, S. 155-178

Schindler, Hardi 1998: Konflikte in Südamerika. Münster: Lit Verlag

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung 1998

1998 ist die zunehmende **Verrechtlichung** der Internationalen Beziehungen insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte und der internationalen Zusammenarbeit bei der Suche nach Kriegsverbrechern deutlich geworden.

Der 50. Geburtstag der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte** erfährt damit trotz aller noch bestehenden Defizite, die bei der Verwirklichung der Menschenrechte in allen Ländern noch zu beklagen sind, eine bedeutende und nachhaltige Aufwertung. Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag, die **ad hoc Tribunale** in Arusha und Den Haag für Verbrechen in den Kriegen in Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien und der Beschluß über die Einrichtung eines permanenten **Strafgerichtshofs** sind Ausdrucks des Willens der Völkergemeinschaft zumindest Kriegsverbrechen nicht länger ungesühnt zu lassen. Die Festnahme von Argentinens Ex-Diktator **Pinochet** kündigt den historischen Wandel im Völkerrecht an, daß Regierungschefs und Staatsoberhäupter für Handlungen in ihrer Regierungszeit, insbesondere im Ausland, nicht auto-

matisch Immunität genießen.

Die zweite bedeutende Entwicklung bei der Konfliktbearbeitung ist die weitere Stärkung **regionaler Institutionen und Organisationen**.

Im Oktober sprechen sich die EU Außenminister für eine Stärkung der **WEU** als einer eigenen europäischen Streitmacht aus. Die **NATO** erzielt im Kosovo-Konflikt mit Drohgebärden ein zeitweiliges Abflauen der Kämpfe. Die **OSZE** hat, neben ihren klassischen Aufgaben der Prävention und des Minderheitenschutzes, eine neue Beobachtermission in den Kosovo entsendet. Aber auch in Afrika haben sich die **OAU** und die **ECOWAS** intensiv in zahlreichen Konflikten um Deeskalation bemüht. Die **UNO** hat, wie in den Jahren zuvor keine neuen Friedensmissionen entsendet. Bis auf die Eindämmung der Irak-Krise sowie die Raketenangriffe der USA auf Einrichtungen im Sudan und in Afghanistan nach Anschlägen auf zwei ihrer Botschaften haben die Großmächte **USA, Rußland** und **China** nicht direkt in Konflikte eingegriffen.

1998 erstmals ergriffene Maßnahmen	Europa		Afrika		Amerika		Asien		Orient		Gesamt	
Einvernehmliche Lösung (z.B. Abkommen, Friedensvertrag)	1	Nordirland	0		0			3	VR China//Kambodscha (Grenze); Philippinen (Menschenrechte); Bangladesh (Chittagong)	0		4
Einvernehmliche Lösung/ mit Hilfe Dritter	0		2	Guinea-Bissau/ Nigeria, Gambia; Nigeria// Kamerun /IKRK;	1	Ecuador// Peru (Garan- tie.)	2	Kambodscha /Japan; Papua Neuguinea// Bougainville /Neuseeland				5
Waffenstillstandsabkommen/ Truppenabzug	1	Kosovo	1	Burundi	0		0			1	Israel//PLO (USA)	3
Neue Verhandlungen (/) mit Hilfe Dritter	0		0		0		0	0		1	Irak// DPK//PUK / USA	1
Gerichtsurteil	0		1	Eritrea// Jemen /IGH	0		0	0		0		1
Neue Verhandlungen; diplomat. Beziehungen	0		0		1	Kolumbien (FARC, ELN)	0			0		1
Beendigung durch Drohung	1	Kosovo/ NATO	0		0		0			1	USA/Irak Rüstungs- kontrollen	2
Friedensmission	1	Kosovo/ OSZE	0		0		0			0		1
Deeskalation durch militär. Intervention	0		0		0		0			0		0
Eindämmung oder Beendigung durch Gewalt	0		0		0		0			0		0
Passive Beilegung	0		0		1	Venezuela// Guyana	0			2	Syrien//Türkei Iran//Rushdie	3